

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 2400 Mk.
Stahlanzeige 250 Mk. (nur gegen Voreinlegung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter:
Fritz Kummer, Stuttgart, Adickstraße 16. Fernsprecher: Nr. 8900.
Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonelleile
oder deren Raum 2000 Mk.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Dreizehn neue Proletariergräber

Der französische Militarismus an der Ruhr hat den Osterheiligabend auf die ihm eigne Weise begangen. In aller Frühe dieses Tages besetzten französische Soldaten die Kraftwagenhalle der Krupp'schen Werke zu Essen. Nach einer Verhandlung mit Leuten des Betriebes blieb schließlich noch ein eskalierender Trupp mit einem Offizier zurück. Die Belegschaft, nicht gewillt, unter Bajonetten zu arbeiten, erschien in der Nähe der besetzten Halle, um so gegen den bewaffneten Eingriff zu protestieren. Von Mitgliedern des Betriebsrates wurde versucht, die Soldaten zum Verlassen des Werkes zu veranlassen. Der Führer der Truppe, vielleicht durch die Anwesenheit der vielen Leute nervös gemacht, ließ ohne ernstlichen Grund und ohne jede Warnung in die Menge feuern. Dreieinhalb Dutzend Menschen wälzten sich in ihrem Blute. Dreizehn sind tot, die andern mehr oder weniger schwer verwundet.

Die Opfer der französischen Soldateska sind Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, die sich auf verschiedene Berufe oder Gewerkschaften verteilen. Der Metallarbeiter-Verband hat zwei seiner Mitglieder, die Kollegen Josef Zander und Walter Schwers zu beklagen. Der Kollege Zander stand in der vordersten Reihe der Krupp'schen Belegschaft. Seine Kameraden hatten ihn mit wichtigen Ämtern betraut. Es ist seinem mutigen und beruhigenden Auftreten mit zu verdanken, daß die Soldateska schließlich abziehen konnte, ohne daß ihr ein Haar gekrümmt wurde. Er hat sein Einreten mit dem Leben bezahlen müssen. Er wurde als erster von einer tödlichen Kugel getroffen. Das gleiche Geschick hat den Kollegen Schwers ereilt. Noch ehe diese Zeilen den Leser erreichen, werden unsere beiden Kollegen mit ihren elf Schicksalsgenossen vereint in der westfälischen Erde gebettet sein. Mit dem Metallarbeiter-Verband steht die deutsche Arbeitererschaft tieftrauernd an den Gräbern der neuen Opfer des Ruhrkrieges. Wenn einst die deutsche Republik die Namen derer auf einer Ehrentafel aneinanderreihet, die für ihre Sache gefallen sind, werden die Rämpfer, die am Osterheiligabend das französische Blei vernichtete, mit zu oberst stehen, denn sie sind im wahrsten Sinne des Wortes im Kampfe des Rechts gegen das Unrecht, für die Befreiung vom menschenverdorbenden und raubenden Militarismus gefallen.

Daß der Pariser Regierung das ohne sichtbaren Grund verübte Verbrechen äußerst peinlich ist, kann ohne weiteres angenommen werden. Um ihre Stellung auf der Anklagebank, wohin sie von der Weltöffentlichkeit gesetzt ist, zu bessern, läßt sie von ihren mutlichen und halbamtlichen Lohnschreibern verbreiten, ihre bewaffneten Sendboten seien von den Krupp'schen Arbeitern bedroht worden, so daß Notwehr vorliege. Dagegen spricht die Tatsache, daß keiner der Erschossenen die Schüsse in den Rücken, also auf der Flucht erhalten hat. Und um die grimmige Wut der Ruhrbevölkerung von sich auf andere abzulenkten, läßt die Pariser Regierung in Flugblättern behaupten, deutsche Nationalisten hätten die Belegschaft gegen die Truppe aufgehetzt, wozu die Beteuerung gefügt wird: „Niemand hat die Franzosen es beabsichtigt, in die Fabriken einzudringen, um friedliche Arbeit zu stören.“ Es spricht alle Wahrscheinlichkeit davor, daß eine Arbeitererschaft von der Meinung der Krupp'schen, die nichts als Frieden will und den Nationalismus bis in die tiefsten Seelenhöhlen haßt, sich hätte besonnen und nicht gegögert, ihnen die Geißel mit der Faust zu verstopfen.

Doch es ist ganz überflüssig, noch weiter die Behauptungen der französischen Regierung von ihrer friedlichen Absicht zu widerlegen. Denn gegen sie sprechen Tatsachen, die einfach unbestreitbar sind, nämlich der Einbruch ins Ruhrgebiet, die Kustreibungen zahlreicher unschuldiger Bürger, die Störungen der industriellen Tätigkeit, die Minderungen, die lange Reihe Leiden und schließlich die gräßliche Bluttat auf dem Werkshof zu Essen.

Die menschlich fühlende Welt steht schandernd vor dem neuen Unmenschlichkeit des französischen Militarismus. Sie forscht nach dem Warum der Bluttat, ohne eine halbwegs befriedigende Antwort zu finden. Sie sucht nach den wirklich Schuldigen und bleibt bei der Regierung Frankreichs haften. Sie sieht die französische Fahne immer tiefer in das Blut wehrlöser, unschuldiger Arbeiter getaucht. Sie erbebt bei dem Gedanken, daß über das französische Volk all das Blut kommen könnte, das es ohne sichtbaren Widerstand keine herrschende Rasse vergießen läßt. Sie frägt mit banger Sorge, wie lange noch die Regierungen der neutralen Staaten der namenlosen Unmenschlichkeit, die an einer friedlichen Bevölkerung verübt wird, tatenlos zusehen wollen.

Um das Gewissen der Welt noch mehr zu schärfen, zur abschreckenden Tat zu bringen, hat der Krupp'sche Betriebsrat einen Mahnruf erlassen, worin er den Absichten der Belegschaft

gegen das Blutbad kundgibt und gegen die Verhaftung einiger Werksleiter Einspruch erhebt. Die berufene Vertretung der deutschen Arbeiterklasse, die Vorstände aller Gewerkschaftszentralen Deutschlands, wendet sich mit folgendem Aufruf an die Arbeiter der Welt:

Der völlerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus ins Ruhrgebiet mitten im Frieden forderte neue blutige Opfer. Geht auf das unüberwindliche Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, und auf freiem Entschluß, unbeeinflusst von der Vertretung oder der Regierung, demonstrierten unbewaffnete Arbeiter auf den Krupp-Werken in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren dreizehn Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Wie Grausam der Krieges leben wieder auf, nur zügellos noch und häßlicher, das letzte Scheitern von Recht entsetzt. Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparationen und produktive Pfänder. Wieder und wieder belandeten das deutsche Volk und seine berechtigten Vertreter, insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften, die Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat. Deutsche Vorschläge lagen in London und Paris vor und hätten bei allseitigem guten Willen zur Verhandlungsbasis werden können. Was geschieht stattdessen? Brutale Raubgewalt besetzte die deutschen Arbeitsstätten und trat an die Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten und Organen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden verhaftet, mißhandelt und ausgewiesen. Werkseigentum, Rohstoffe, Geld, Arbeiterlöhne und Unterhaltungen der Erwerbslosen wurden wahllos beschlagnahmt; täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angehörigen ihrer Familien, ungeachtet auch von ihnen wurden eingekerkert und mit Frau und Kindern aus den Wohnungen gejagt, andere ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Maß der Verbrechen von Essen stellt den unermesslichen, furchtbaren, aber keineswegs einzigen Fall der Einschüchterung und Verhaftung der Arbeiter durch den französischen Militarismus dar. Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen und aus freiem Willen handelnden Menschen — sie wird im Ruhrgebiet und im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt. Das französische Volk verhandelt vor über hundert Jahren die Menschen- und Bürgerrechte; die heutigen Gewalttäter Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln! Die lothbare Erregungslust jaherhundertlanger, sozialer Kämpfe, die Vorbedingung jeder wahren Kultur, ist in Gefahr!

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für die deutschen Arbeiter allein. Sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert! Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt Freiheit und Arbeit, ehe es zu spät ist!

Nicht nur um der deutschen Arbeitererschaft, sondern um des Proletariats aller Länder willen muß man wünschen, daß der Mahnruf nicht ungehört verhallt. Vor allem von den Arbeitern Frankreichs sollte man eine größere Kraftentfaltung erwarten dürfen, zumal sie ja durch eine lange, blutige Erfahrung die Macht genügend kennen, die jetzt im Ruhrgebiet wüten läßt. Aber über der Hoffnung auf den Beistand der ausländischen Klassengenossen wollen wir unsere deutsche proletarische Pflicht keinen Augenblick vergessen. Sie besteht zuvörderst darin, stets die kühle Vernunft walten zu lassen und sich durch nichts, aber auch durch gar nichts von dem Wege des passiven Widerstandes abbringen zu lassen. Und wenn sich je und irgendwann eine Stimme oder Bestrebung nach tätigen Widerstand zu zeigen magte, dann sollte sie so kräftig wie nur möglich unterdrückt werden. Der Krieg an der Ruhr ist nur mit kalter Überlegung und tatenloser Beharrlichkeit zu gewinnen, nicht aber mit geifernder Zunge und juchelnder Faust. Die Reaktion haben wie drüben würde sich vor Freude wälzen, wenn die Proletarier dumm genug wären, die Flinte zum Schießen und den Säbel zum Pauken herauszufordern. Für die Reaktion haben wie drüben bilden Arbeiterblutbäder ein vorzügliches Mittel, ihre Pläne zu fördern.

Abgesehen sind, das dünkt uns sicher, unsere wahren Kameraden an der Ruhr der gleichen Meinung. Wie sie auch mit uns übereinstimmen werden, daß sie sich bei einer Betriebsbesetzung, bei der Herausholung der Kollegen, beim Ziehen der Dampfsignale, bei der Verhandlung mit dem fremden Militär wie in allen andern Dingen einzig und allein von dem eigenen Interesse leiten lassen dürfen. Sie haben letzten Endes die ganzen Opfer an Gut und Blut zu leisten. So haben sie auch das Wie und Wann ihres Kampfes ganz zu bestimmen. Wo sich eine Werksleitung dazu versteht, die Belegschaft mittelbar oder unmittelbar beeinflussen zu wollen, ist sie nachdrücklich dorthin zu verweisen, wohin sie gehört. Die Arbeitererschaft hat all ihr Tun und Lassen selbständig zu beschließen. Stets hat sie eine eigene, eine proletarische Politik zu treiben. Alles nur Selbstverständlichkeiten, gewiß, die indes hier angeführt sind, um sie noch mehr zum Gemeingut des arbeitenden Volkes zu machen und damit sie jezt, wo dreizehn neue Proletariergräber geschaufelt werden, unter allen Umständen beherzigt werden.

Goldanleihe und Besitz

Wenn das Kabinett Cuno wirklich so starken Rückhalt in der Gesamtheit des Volkes hat, wie das von weiten Kreisen des Bürgeriums dargestellt wird, so muß es das Zeichnungsergebnis der Goldanleihe als einen Mißtrauensausdruck empfinden. Denn ihr unbestreitbares Verdienst (mit Mitteln, die freilich von den Gewerkschaften seit Jahr und Tag vorgeschlagen wurden), nämlich die Stützung der Mark, ist durch den Mißerfolg der Goldanleihe gefährdet. In der amtlichen Äußerung heißt es zwar: „Das Ergebnis entspricht dem, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen erwartet werden konnte, und kann als durchaus befriedigend bezeichnet werden.“ Das ist eine Fretführung. Denn es steht nunmehr fest, daß der von der Regierung verlangte Betrag (200 Goldmillionen) nur zu einem Viertel durch freie Zeichnungen aufgebracht wurde und daß schließlich mit der Garantie der Privatbanken nur die Hälfte des Anleihebetrages aufgebracht worden ist.

Aber die Regierung hat diesen Betrag nicht erwartet. In ihren Reihen sitzen Persönlichkeiten, die sich ein Urteil erlauben können über den Devisenbesitz der Produzenten und des Handels. Sie hätten keine Anleihe von 200 Goldmillionen aufgelegt, wenn sie nicht von der Devisenflüssigkeit des Besitzes überzeugt gewesen wären. Das heißt also: auch eine Regierung der Sachverständigen und Wirtschaftsführer ist nicht imstande, die Devisenhanfster zu gebefreudig zu machen.

Den Mißerfolg der Anleihe kann man auf verschiedene Umstände zurückführen. Die Markflüchtigkeit und die Einschränkung der Devisenbeziehung hat den Widerstand des Besitzes gegen die Regierung entfacht. Man versuchte Stimmung gegen die Anleihe zu machen und das hatte Erfolg. Vor allem gab man vor, Opfer bringen zu wollen, wenn Deutschland einmal eine eng umgrenzte Reparationssumme zu zahlen habe, aber im gegenwärtigen Augenblick sei jedes Opfer umsonst. Man bemängelte auch, daß die Reichsbank zur Stützung der Mark 15 Goldmillionen in ausländisches Depot gegeben hat und daß der Stand der Mark erst neuerdings wieder durch ein Golddepot von 100 Millionen an die Schweizerische Nationalbank sichergestellt worden ist. Man muß nur den Nachruf lesen, den die Bergisch-Märkische Zeitung der Goldanleihe schreibt, um sich ein Bild zu machen, wie stark politische Wühlereien den Erfolg der Goldanleihe beeinträchtigt haben.

Aber auch die Reichsbank selbst hat nicht alles zur Förderung der Goldanleihe getan. Sie konnte nur erfolgreich sein, wenn alle Maßnahmen zur Beschränkung der Devisenpekulation ergriffen wurden. Es war schon ein Unglück, daß die Goldanleihe viele Monate nach der Devisenverordnung kam. Sie war aber dann noch ausfichtlos, wenn die Besitzer von Devisen durch straffe Kreditbeschränkung wirklich zum Verkauf gedrängt worden wären. Dagegen hat die Reichsbank, augenscheinlich unter dem Druck von Industrie und Großhandel, ihre Vorschriften über die Kreditgabe erleichtert und dadurch den Besitzern von Devisen ermöglicht, diese weiter auf die Seite zu legen. Vor allem aber hätte die Goldanleihe Hand in Hand gehen müssen mit einer schärferen Kontrolle bei der Wiederbeschaffung der Devisen. Wenn heute ein Devisenbesitzer sein ausländisches Geld verkauft, um Goldanleihe zu zeichnen, morgen aber (vielleicht bei einem günstigeren Stand der Mark) es wieder zurückkauft, so muß die Reichsbank die eingezogenen Devisen opfern, um den Stand der Mark zu halten. Diejenigen Kreise der Wirtschaft, die nach der Lage ihres Geschäftes die Berechtigung haben, ausländisches Geld zu kaufen, unterliegen einer viel zu geringen Kontrolle; sie haben keinen Beweis dafür zu erbringen, daß die eingekaufte Devisenmenge zur unmittelbaren Beschaffung der ausländischen Rohstoffe und Waren dient. Hier bleibt noch viel zu tun übrig. Nebenbei sei bemerkt, daß der Reichsbank eine klarere Rechnungsführung zu empfehlen wäre. Der Posten „Metallbestand“ im Reichsbankausweis zeigt für das 1. Vierteljahr 1923 eine Steigerung um 200 Millionen an, während es allgemein bekannt ist, daß der eigentliche Metallbestand der Reichsbank durch Goldhinterlegungen im Ausland dauernd zurückgegangen ist und diese Vermehrung nur auf die Ausgabe der neuen 200-Markstücke zurückzuführen ist.

Im übrigen haben die Franzosen durch ihren Einspruch gegen die Anleihe Verwirrung verursacht. Der Wiederherstellungsausschuss hat freilich inzwischen festgestellt, daß er nicht imstande sei, die Anleihebesumme zu beschlagnehmen und auch nicht das Recht habe, der Reichsbank ihre Bürgschaft zu bestreiten. Selbst wenn aber ein Einspruch erfolgen sollte, so steht die Garantie der Reichsbank hinter der Anleihe, die nicht angefochten werden konnte. Kam der Bescheid des Wiederherstellungsausschusses auch reichlich spät (ob absichtlich oder unabsichtlich kann nicht untersucht werden), so hat er sicherlich nicht den entscheidenden Einfluß auf das Zeichnungsergebnis gehabt, wie das einige bürgerliche Zeitungen feststellen wollen.

Der eigentliche Grund des Mißerfolges der Goldanleihe ist das Verhalten des Besitzes. Das Zeichnungsergebnis ist (neben den Steuerdebatten der letzten Wochen im Reichstag) ein neuer Beweis, daß der Besitz keine Opfer bringen will. Man versucht (wie das eine Zuschrift an das Berliner Tageblatt beweist) den Streik der Großindustrie bei der Zeichnung der Goldanleihe auf das Steuerchaos zurückzuführen. Aber einmal ist die Steuerkraft der Industrie bei weitem nicht erfaßt worden und dann sollten mit der Goldanleihe die jetzt verdeckt gehaltenen Devisen herausgelodet werden, die sowieso in den Steuerklärungen nicht erscheinen. Der Entschuldigungsversuch wird also erfolglos sein. Vielmehr hat man keine Goldanleihe gezeichnet, weil man nicht in den Verhandlungen wollte, zu wenig Steuern zu zahlen. Im Laufe der Zeichnungsfrist haben sich Kreditnot und Kapitalmarkt

erleichtert, so daß man an die Opferung der Reserven nicht zu denken braucht, Dabei war das Opfer gering genug. Dessen ungeachtet entzog sich der selbstverständlichen Pflicht, dem Reich in seiner höchsten Not in ausreichendem Maße ausländische Zahlungsmittel noch dazu gegen guten Lohn zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Beweis, wie wenig ernsthaft der deutsche Besitz gegen die Franzosen an der Ruhr kämpft. Denn die Vorauslegung der Ruhrabwehr ist die Stützung der Mark und die Erleichterung des deutschen Preispegels. Auf die Dauer aber ist die Mark ohne Zutritt ausländischer Zahlungsmittel an die Reichsbank nicht zu halten.

Ober ist es etwa so, daß die deutschen Kapitalisten keine ausländischen Zahlungsmittel besitzen? In Holland sollen die deutschen Guthaben so groß sein, daß die dortige Finanzführung im Falle des plötzlichen Rückflusses dieser Beträge nach Deutschland mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen müßte. Gerade in den Tagen, wo man sich bemüht, die Goldanleihe voll zu zeichnen, kommt aus Genf die Meldung, daß Stinnes die zuletzt aufgelegte Anleihe der schweizerischen Regierung unterstützt habe. Diese deutschen Kapitalbeteiligungen sind eine geistlich gestattete Form der Kapitalflucht. Gewiß ist es wünschenswert, daß die Auslandsbeziehungen wieder aufgenommen werden — aber sind das die richtigen Wege? Bei den vielen ausländischen Eroberungen des Herrn Stinnes geht die deutsche Volkswirtschaft letzten Endes leer aus. Deutschland wird Kapital entzogen, das gegenwärtig (unter andern zur Stützung der Mark) dringend gebraucht wird, außerdem geht das Land erneut dem Vorwurf aus, sein überflüssiges Geld ins Ausland zu schaffen, anstatt es zu Reparationszahlungen zu verwenden. Neben dem schweizerischen Geschäft wird gemeldet, daß Stinnes in der Provinz Corrientes in Argentinien große Ländereien erworben und mit den Vorarbeiten für eine großartige Baumwollkultur begonnen habe. Natürlich sind diese Dinge auch für die deutsche Arbeiterchaft von Belang. Sie weiß aber auch, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Ordnung der deutschen Staatsfinanzen und eine Stützung der deutschen Währung wichtiger ist als das Stinnes'sche internationale Filialnetz.

Wie denkt man sich den Ausgang des Ruhrkampfes? Soll die Ruhrarbeiterchaft Blut und Leben gegen den französischen Imperialismus wagen, während im Hinterland der deutsche Besitz sein Opfer vorenthält? Das Ergebnis der Goldanleihe wirkt wie ein Dolchstoß gegen die Ruhrfront. Die Reichsregierung darf sich nicht von der weiteren Stützung der Mark abbringen lassen. Die Besserung des deutschen Geldes zusammen mit den schweren wirtschaftlichen Schädigungen durch die Ruhrbelegung führt jetzt zu einer sich immer mehr verschärfenden Krise. Sie kann aber gemildert werden, wenn der Preisabbau im Grade der Markverbesserung erfolgt; wenn durch eine Mäßigung der Kartellpreise und eine Beschränkung der Wieseerträge der großen Konzerne sich die inländische Kaufkraft hebt und das Ausland weiterhin deutsche Waren kaufen kann. Das muß die Arbeiterchaft zumindest verlangen. Gelingt es der Regierung Genuß nicht, den in Sachen der Goldanleihe bewiesenen „Patriotismus“ des Volkes zu bekämpfen und jetzt die Opfer zu erreichen, die die bedrängte Lage der deutschen Wirtschaft erfordert, dann wird auch ihr Kredit bald unter pari stehen. Dr. E.

Der Pleitegeier bei Simal

Die Besserung der Mark hat unter den Produzenten und Händlern eine wahre Panik ausgelöst, die sich allerdings bald erledigt hat durch eine Verzögerung des Preisabbaus. Es gab deshalb wenig Opfer. Nur ein großer Zusammenbruch ist bisher bekannt geworden. Die Metallfirma S. Simal & Co. in Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Simal war noch vor wenigen Jahren Lagerlehrling bei einer bekannten Metallfirma, hat sich dann selbständig gemacht und so schnell in die Höhe gebracht, daß er — als vor einiger Zeit eine große Zahlungsunfähigkeit auf dem Metallmarkt viel von sich reden machte — mit dem Angebot hervortrat, die Verpflichtungen der Firma im Umfang von vielen hundert Millionen ganz allein zu übernehmen.

Nun ist sein schnell errichteter stolzer Bau zusammengefallen. In der Gläubigerversammlung der in Zahlungsunfähigkeit geratenen Firma wurde vom Vorsitzenden des provisorischen Ausschusses mitgeteilt, daß er im Einverständnis mit dem Schuldner die Verhältnisse der Firma an Hand der Bücher genau geprüft habe, wobei sich herausgestellt, daß die Firma bis jetzt (das heißt, solange die Mark dauernd fiel) ihren Verpflichtungen nachgekommen sei und daß nur die zu Beginn des April abzumachenden Zahlungen, die sich über rund 2000 kg Silber erstrecken, über die Leistungsfähigkeit der Firma hinausgehen werden. Die gesamten Forderungen sind einschließlich dieser Verpflichtungen auf 4,5 Milliarden Mark, deren an Witten etwa eine Milliarde gegenübersteht. Außerdem haben sich die Inhaber der Firma bereit erklärt, den größeren Teil ihres sehr beträchtlichen Privatvermögens zur Verfügung zu stellen. Die Gläubigerversammlung war sich einig darüber, die Firma nicht in Konkurs geraten zu lassen, denn abgesehen von den ungeheuren Kosten eines Konkursverfahrens, muß die Annahme der Verpflichtungen den ganzen Markt in Aufregung versetzen. Man fürchtet das Erwachen aus der Schwindelkommutur. Man erschrickt sich daher, daß die Firma zu liquidieren und mit der Abwicklung der Geschäfte des bisherigen Gläubigerausschusses zu betrauen. Der Fall Simal hat einige beachtenswerte Seiten. Auffallen an dem Zusammenbruch ist nicht die Schuldhöhe von 4,5 Milliarden, denn an Friedenabgriffen gemessen sind die Abschmeherverbindlichkeiten nur etwa 1/3 bis 1/2 Millionen Goldmark. Wichtig ist der Zeitpunkt

Das Morgengrauen auf dem Schlachtfeld

Vor unsem Augen taucht die zerstörte Ebene wieder auf; verjähmte Erdbügel ragen aus der Asche und werden sichtbar; hellenweise ist die Ebene verrotet und Wasserläufe und kühle Pläßen zängen — und in dieser Unheimlichkeit liegen sie und da gleich verwehten Schuttadfallen die zerstörten Bäume, atemlos oder bewegend. — Karada sagt zu mir: Das ist der Krieg. — Ich sage, das ist der Krieg, wiederholt er mit abwesender Stimme nichts anderes. Ich versuche, was er sagen will: — Ich sage noch als die Wälder, die einer Karabe gleich, mehr als die lebendigen Schlachten, die wie Dampfwägen sich ausbreiten, mehr noch als der riesige Kampfschrei, bei dem man jauchzend sich erhebt, mehr als das alles ist dieser Krieg; es ist die jähzählende, die übernatürliche Erscheinung, Wasser bis an den Unterleib, und der Tod, und der Schmerz, und der gemeine Tod. Dazu die verwehten Geschäfte, zerstreute Leiber und die Leichen, die keinen Reichtum ähnlich sind und auf der geschwundenen Erde schwimmen. Das ist der Krieg, jenes eubole, einbüßende Glück, unterbrochen durch wilde Tragödien; das ist der Krieg, und nicht das Bajonet, das wie das Silber blüht, auch nicht der Schanzgraben der Trümmer im Sonnenlicht. Ein Jäger, der auf dem Rauch lag, stand wie ein Kandel, hob den Kopf und den Schalter, der ihn verdeckte, und schrie: — Schrei! Schrei! Verdammt! — Das ist grad, wie wenn eine Kuh jagen würde, der Anblick der Dämonen, die man in der Billecke herabwärts schreit, ja schrei! — Und der besetzte Rand seines tierischen Gesichtes spie in den Tod. — Wenn sie sagen, es sei nötig, melancholisch, manchmal er mit jähem abgebrochenem, zerstücktem und gähnender Stimme. Aber schrei! Schrei! Verdammt!

des Zusammenbruchs. Die Markbesserung ist die Ursache des Zusammenbruchs. Die langfristigen Lieferungsverträge — wozumöglich auf Monatsbasis abgeschlossen — sind natürlich außerordentlich gemüßigend, wenn die Mark dauernd schlechter wird. Selbst die höchsten Preise stellen Kleinigkeiten dar bei einem ununterbrochenen Abbruch des deutschen Geldes. Deshalb sind die vielen Weltgeschäfte zu einer außerordentlich gewinnbringenden Spekulation geworden: man kaufte langfristig zu hohen Preisen und verließ sich auf den Sturz der Mark, an dem man durch Steuerhinterziehung, Kredittreiberei und Kapitalflucht auch tätig mitarbeitete. Und deshalb ist auch der Widerstand der Produzenten und Händler gegen die Maßnahmen zur Stützung der deutschen Währung begründlich. Denn es gibt keine einfachere Kalkulation als die auf dem Rücken der zusammenbrechenden Mark. Der deutsche Boden war der Spekulation jeder Art in den letzten Jahren besonders günstig. Ein Blick auf die Konkurslisten beweist das: sie sind auf ein geradezu lächerlich kleines Maß zusammengeschmolzen.

Der Zusammenbruch hat noch eine andere Seite. Aus dem Privatbesitz Simal wurden in die Konkursmasse geworfen: fünf Privatautomobile, zwei Motorboote, ein Wiesenbestand an Perleertrüpfen, Klüßel, ein Flügel und beträchtliche Mengen an Gold- und Schmuckstücken, wozu noch Beteiligungen an anderen Firmen und ein nennenswerter Effektenbesitz tritt. So sieht das Schema der Kapital aus. Wir wollen nicht übertriebend verallgemeinern, aber die Zahl dieser Kapitalisten hat in ungeheurer Weise zugenommen. Von Kennern wird bestätigt, daß von den an den Börsen haltenden Automobilisten ein kaum nennenswerter Teil Einzelfirmen gehören, die vor dem Krieg schon bestanden haben. Das mühsam erworbene Geld wird leichtfertig ausgegeben und hat im Ausland ein Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit gemalt, das in hartem Gegenatz steht zu den unaufhörlichen Klagen über den deutschen Substanzverlust und die Verarmung der deutschen Volkswirtschaft. Wir wissen, daß das Ausland die Zahlungskraft Deutschlands überschätzt. Um so verhängnisvoller müssen sich diese Erscheinungen auswirken. Dr. E.

Darf die Maifeier als Urlaubstag angerechnet werden?

Diese Frage ist durch ein Gewerbegerichtsurteil beantwortet worden. Die Sachlage war folgende: Einem Arbeiter in Krefeld rechnete seine Firma, die Wänter-Werke in Urdingen, den durch Feiertagen begangenen 1. Mai auf den Urlaub an. Sie stützte sich dabei auf eine Bestimmung des Tarifvertrags, die lautet: „Feiertagen ohne geldliche Entschädigung werden auf den Urlaub angerechnet, und zwar ohne Entgelt.“ Der Arbeiter sah darin eine irrtümliche Auslegung des Vertrags und klagte gegen die Firma. Das Gewerbegericht in Krefeld kam zu folgendem Urteil:

Durch die Vereisung und die Erklärungen der Parteien ist festgestellt, daß diese Bestimmung in den Tarifvertrag aufgenommen wurde, um eine Handhabe zu haben, gegen Nummern jüngerlicher Arbeiter vorzugehen, an die Feiertage des 1. Mai und daraus sich ergebende Differenzen hat man dabei jedenfalls nicht gedacht. Sie kann nach Auffassung des Gerichts darauf auch keine Anwendung finden.

Die Feiertage des 1. Mai ist eine Programmforderung der sozialdemokratischen Parteien. Die Nationalversammlung hat ihren Antrag im Jahre 1919 auch stattgegeben und den 1. Mai zum allgemeinen Feiertag erklärt. Im Jahre 1920 wurde dann die Beschlußfassung über die Feiertage des 1. Mai den Einzelstaaten überlassen und es wurde dieser Tag auch in einzelnen Staaten wie Sachsen und Braunschweig als Feiertag anerkannt. Wo gefeiert wurde, verzichteten die Arbeiter auf ihre Lohnansprüche. Auch im vorliegenden Falle fordert der Kläger keinen Lohn für den 1. Mai, er wehrt sich nur dagegen, daß ihm der 1. Mai unter Anwendung der Tarifbestimmung auf die ihm zustehenden und zu bezahlenden Urlaubstage angerechnet, er also für das Feiern am 1. Mai durch Entziehung eines zu löhrenden Urlaubstages bestraft wird.

Diesem Standpunkt anerkennt das Gericht aus Billigkeitsgründen als berechtigt. Nach der Entwicklung, welche die Feiertage des 1. Mai genommen hat, dem Standpunkt, welchen die Mehrzahl der Betriebe, insbesondere auch die staatlichen und kommunalen Betriebe angenommen haben, unter Berücksichtigung ferner des Umstandes, daß eine große Zahl privater Betriebe die Feiertage des 1. Mai duldet, daß selbst große Betriebe des besagten Verbandes... diesen Standpunkt angenommen haben, kann es als nicht mit der Billigkeit im Einklang stehend erachtet werden, daß einzelne Betriebe die Feiertage des 1. Mai unter Anwendung einer Vertragsbestimmung, welche grundsätzlich für ganz andere Fälle vorgesehen ist, unter Strafe stellen wollen. Dabei ist zu erwähnen, daß die Feiertage des 1. Mai von etwa 97 v. H. der Arbeiter der besagten Firma beschlossen worden war, und nochmals hervorzuheben, daß die Firmen des besagten Verbandes nicht einmal eine geschlossene Stellung einnehmen.

Es fällt nach diesen allgemeinen Gesichtspunkten der Standpunkt der besagten Firma nicht zu billigen, so kommt noch hinzu, daß zwischen der Firma und ihrer Arbeitervertretung bezüglich der Feiertage des 1. Mai Verhandlungen geschwebt haben. Die Firma wünschte für diesen Tag Arbeitsruhe unter Verzicht der Arbeiter auf ihren Lohn unter Verzicht auf den traditionellen Brauch bei ihr. Die Arbeitervertretung hat dem stattgegeben und dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß man ihr dann auch hinsichtlich der Feiertage des 1. Mai entgegenkommen würde. Dieses Ansinnen der Arbeiterchaft wurde nicht abgelehnt, die Erklärung, die darauf von der Firma gegeben wurde, ließ vielmehr ein Eingehen auf ihre Wünsche erwarten. Bei dieser Sachlage entspricht das Sagen der Beklagten auch aus diesem Grunde nicht der Billigkeit. Dabei geht das Gericht davon aus, daß für die ersten Schritte der Sozialdemokratie ethische Momente für die Aufrechterhaltung des 1. Mai als Feiertag richtunggebend sind.

Die Firma wurde kostenpflichtig verurteilt, an den Kläger 260 M zu zahlen.

Er wehrte sich gegen diesen Gedanken und fügte laut hinzu: — Mit solchem Zeug schwächt man uns zu Tode und putzt sich um uns bis aufs Blut! — Dann lachte er wieder aus; die Anstrengung aber, die er gemacht hatte, erschöpfte ihn und er fiel zurück in seine Kollage und legte den Kopf in seinen Speidel. — Vergessen sind wir. Der Mensch ist ein Ding, das ein wenig nachdenkt; vor allem aber vergißt er. Das ist der Mensch. — Wir nicht, und die andern werden auch nicht wissen! Soviel Unglück ist also verloren gegangen. — Diese Aussicht erhöhte noch das Leid dieser Menschen und bedauerte für sie, soviel wie die Nachricht eines noch größeren Unheils, das sie noch tiefer in den Untergang geriet. — Ja, wenn einem das alles in der Erinnerung bliebe, rief einer aus. — Wenn man nicht vergessen würde, sagte der andere, so gäbe keinen Krieg mehr! — Ein dritter aber fügte feierlich hinzu: — Ja, wenn die Erinnerung daran bliebe, so wäre dieser Krieg weniger nutzlos, als er es ist. — Da hob sich mit einemmal einer dieser legenden Überlebenden auf die Erde, schüttelte seine schwachen Arme, von denen der Kopf herunterfiel, und schrie dumpf und schwarz wie eine große, hebräische Hebräerzunge: — Nach diesem Krüge darf es keinen andern Krieg mehr geben! — Aus der letzten Erde heraus, in der uns Schmach und Rachtlofe her hindurchschleichen und so wütend aufsteht, daß die Erde wie ein Brand zu leben scheint, bring der Erde jenes Menschen, der davon zusehen kann, und werde auch dieser Mensch. — Es darf nach diesem Krüge kein andern Krieg mehr kommen! — Die dazwischen waltenden Worte dieser Menschen, die an die Erde geknüpft, von Erde durchdrungen waren, flogen und flogen in den Wind wie Hingelächel. — Keinen Krieg mehr, keinen Krieg mehr! — Ja, es ist genug!

Was geschieht mit den Ruhrgeldern?

Hierüber lesen wir im Gewerkschaftlichen Nachrichtenblatt des VDB: Der rheinisch-westfälische Betriebsrat hat in Sachen der Ruhrhilfe folgende Entschlüsse gefasst und angenommen:

Genossen! Im ganzen Reich tritt man an euch heran mit der Aufforderung, für die Ruhrhilfe Opfer zu bringen. Wir als sozialdemokratische Betriebsräte von Rheinland-Westfalen haben festgelegt, daß aus der Ruhrhilfe wohl Unternehmer unterstützt werden. Verluste und angelegliche Verluste werden aus den Mitteln der Ruhrhilfe gedeckt. Sehr viel Schwirbel wird dabei getrieben. Die Arbeiterchaft selbst aber sieht beinahe nichts von der Ruhrhilfe. In einem Falle wurden dem Betriebsrat einer Zeche von 2000 Mann Belegschaft 25 Eier von der Ruhrhilfe angeboten.

Genossen! Unterstützt nicht die Ruhrhilfe, von der die Unternehmer sehr viel, die Arbeiter aber gar keinen Vorteil haben. Schon gesammelte Gelder und Lebensmittel müssen unter die Kontrolle der Betriebsräte gestellt werden. Bisher haben wir aber nirgends Kontrollrecht. Laßt euch nicht für Unternehmerrzwecke mißbrauchen.

Zu dieser Entschlüsse ist zu bemerken, daß jeder Sachverständige die Unrichtigkeit derselben, um einen andern, vielleicht besser passenden Ausbruch nicht zu wählen. Die Wahrheit ist, daß aus den Mitteln der Ruhrhilfe bis jetzt noch kein Pfennig Unterstützung gesammelt wurde. Auf kein Gramm Lebensmittel verteilt wurde. Beschlossen wurde auch kein Mittel der Ruhrhilfe im Ausland Lebensmittel einzukaufen zu lassen und diese an die besonders durch Not bedrohten Orte und Bezirke unentgeltlich zu verteilen. Damit fallen alle in der Entscheidung des Betriebsrätesongstes aufgestellten Behauptungen als haltlos zusammen. Im Verwaltungsrat und im geschäftsführenden Vorstand der Ruhrhilfe denkt vor allem auch niemand daran, Verluste und angelegliche Verluste der Unternehmer zu ersetzen. Die Mittel der Ruhrhilfe so, wie es in dem Aufruf für die Ruhrhilfe heißt und wie es bei der Gründung der Ruhrhilfe beschlossen wurde, verwendet werden und zu keinem andern Zweck auch nur ein Pfennig verwendet wird, dafür sorgt die paritätische Zusammenkunft der über die Mittel beschließenden Körperschaft. In dieser Körperschaft sitzen gleichen Teilen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, und es bedarf zu jedem Entschluß der Mehrheit auf beiden Seiten; ohne dieses kann kein Pfennig verausgabt werden.

Nationale Geschäftswirbe

Nach einer Mitteilung der Bremer Volkszeitung verkaufte der Norddeutsche Lloyd kürzlich den Küstenpanzer „Grille“ für 10000 englische Pfund (etwa eine Milliarde Mark) an eine französische Firma an der Küste der Normandie, nachdem er früher schon bei Unterwerferdampfer „Gazele“ und „Nymphen“ an den Fürsten von Monaco verkauft hatte. In einer Erklärung in der Presse bestätigte der Norddeutsche Lloyd die Mitteilungen des Bremer sozialdemokratischen Blattes, erklärt aber den Schiffverkauf nach Frankreich damit, daß der betreffende Dampfer für Uboogzwecke nicht mehr brauchbar war und daß der von der französischen Firma bezahlte Kaufpreis in unbesetzten Gebiet den deutschen Arbeitern zugute käme. Sichtlich heißt es in der Erklärung, daß es etwas anderes sei, wenn Verläufe nach Frankreich reich von unbesetzten Deutschland gemacht würden, als wenn sie vom besetzten Deutschland ausgingen.

Während also unsere Patrioten laut schreien: Verkauft nicht an Franzosen! schaut ihnen der Norddeutsche Lloyd einen Dampfer zu. Er hat das aber nicht etwa der lumpigen Milliarde wegen getan, sondern um den deutschen Arbeitern im unbesetzten Gebiet zu nützen. Aus Liebe zu deutschen Arbeitern haben die Lloydkapitalisten die patriotische Lösung mißachtet und das Milliardengeschäft gemacht. In Geschäftsmachen glänzend, im Ausreden dumm!

Geschäftstüchtige Patrioten in Borsgelm haben die „Schwarze Schmach“ auf ihre Weise auszubereiten gewußt. In jüngerer Zeit wurden im Inland und auch im neutralen Ausland eine Debitale vertrieben, auf deren Vorderseite sich der Kopf eines schwarzen Soldaten im Stahlhelm befindet, mit der Umschrift: „Die Wacht am Rhein! 1914. Liberté, Egalité, Fraternité.“ Die Rückseite zeigt eine groß unglücklich Darstellung mit der Umschrift: „Die schwarze Schande.“ Das habsche Innenministerium hat nurmehr die Staatsanwaltschaft angewiesen gegen die Hersteller und Verbreiter dieser Debitale ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 184 Str.G.B. (Herstellung und Verbreitung unzüchtiger Abbildungen) einzuleiten, die Stücke zu beschlagnahmen und die Formen undaunderbar zu machen.

Hilfsbereitschaft unserer Patrioten

In Essen haben die Franzosen Schuppobeamte ausgewiesen. Schuppobeamte von ihnen sollten in die Leierfeld untergebracht werden. Eine kleine Zahl für eine Stadt von dieser Größe, die Leute mit großen Wohnungen genug gibt. Als aber unsere zimmerreichen Patrioten nun Gelegenheit hatten, ihre Gefinnung durch die Tat zu beweisen, verlagte sie. Ein Beamter des Wohnungsamtes ist mit einem Offizier der Schupp tagelang auf der Suche nach Obdach gewesen. Der ganze Schupp ist, daß für ganz fünfzehn Beamte Unterkunft aufgetrieben werden konnte, für sieben oder acht wählten die Quartieranbieter die Zusager wieder zurücknehmen. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern, wovon eines zwei Jahre, das andere drei Monate alt ist, und dem die Franzosen nur einen Kinderwagen und etwas Wasche mitzunehmen gestattet haben, ist es, wie die Wiesefelder Volkswacht meldet, noch nicht möglich gewesen, passende Unterkunft zu finden.

Es fällt uns nicht ein, darob Löne der Entrüstung anzuschlagen. Wir führen das Verhalten der Wiesefelder Bürgerleute bloß als einen erneuten Beweis für die alte Tatsache an, daß unsere Patrioten ihre vaterländische Gefinnung nur mit dem Maulwort betätigen, wenn es aber durch die Tat gezeihen soll, dann ist es aus. So sind sie nun einmal. Fürs Vaterland Steuer zahlen, opfern, hungern, bluten in Sache der Wroteten, die Reichern beschränken sich darauf, fürs Vaterland zu reden und zu plärren und von ihm zu ernten.

— Es ist zu blöd... zu blöd, murrten sie. Was soll das alles eigentlich bedeuten, all das, was nicht einmal in Worte zu fassen ist. Sie bedeuten alles mögliche durcheinander und nutzlos wie wild Tiere, mit düsteren, zerfetzten Gesichtsmasken, auf ihrer Erdbahn, woher sie die Elemente zu vertreiben trachteten. Die Empörung, die sie aufpeitschte, war so groß, daß sie an ihr erstickten. — Zum Leben ist man doch geboren und nicht, um dezent zu verrecken! — Die Männer sollen doch Gassen und Wäler sein — Menschen überhaupt! — und nicht Weibchen, die einander heben, erwürgen und verpeissen. — Und überall, überall sind Bestien, wilde Bestien oder zerfetzte Tiere. Schau, Schau dich um! — Wie werde ich den Endlich jener grenzenlosen Felder vergeblichen Farben vom Wasser zerfressen waren, und die Güter, die von der Genuis angegriffen, allertalben zerbröckelten, überall an den zerfallenen Schuppen der Pfähle, der Brüche, der Holzgrüste — und über die finsternen Endlosigkeit des Stg die Wiesen, das Leben einer Verwundung, einer Logis und einer Einfachheit, die jene Menschen unglücklich wie ein Lohrsinn erstickt hatte. — Man sah, wie sie der Gedanke quälte: daß nämlich der Versuch auf Erden sein Leben zu leben und glücklich zu sein, nicht nur ein Recht sei, sondern eine Pflicht — ein Ideal sogar und eine Zugend; daß die Gesellschaft nur dazu da ist, jedem Innenleben mehr Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. — Leben!... — Wir!... Du... Ich... — Ein Krieg mehr... Nein, wie wieder!... Es ist zu dumm... Schlämmer noch als das, es ist... — Da kam ein Wo.; und antwortete wie ein Widderhall ihrem wirren Gedanken, und dem zerstückelten Gemurmel dieser Masse... Ich sah eine totegetrönte Stimme erheben, und der Mund sprach am Munde der Erde: — Zwei Armeen, die sich bekämpfen, sind eine große Armee, die Selbstmord an sich übt!

Was wird uns die Beseitigung des Achtstundentags bringen?

Mit einer wahren Bersekerwit und einer stiermähigen Dickköpfigkeit stürmen die Kapitalisten und ihre Trabanten gegen den Achtstundentag an. Ohne die Vorteile oder Nachteile der verkürzten Arbeitszeit gegeneinander abzuwägen, ja ohne auch nur einmal gründlich und sachlich zu untersuchen, wie dem eigentlichen achtstündigen Arbeitstag auf unser wirtschaftliches und soziales Leben eingewirkt hat, schreiben sie in die Welt hinaus, daß er das Unglück Deutschlands und den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens bedeute. In ihrem blinden Fanatismus scheuen sie nicht davor zurück, den Achtstundentag in ihren Betrieben zu sabotieren, unbekümmert darum, ob sie dadurch der deutschen Wirtschaft unerfesslichen Schaden zufügen. Ihr ungezügelter Haß gegen diese proletarische Errungenschaft hat seine Quelle in dem verletzten Machtgefühl. Seit Jahrzehnten haben die deutschen Proletarier um den Achtstundentag gekämpft, seit Jahrzehnten haben die Unternehmer erbitterten Widerstand geleistet und nun sind sie tödlich gekränkt, daß sie sich haben durch die Revolution überrumpeln lassen und daß der Achtstundentag zu einer Tatsache geworden ist. Ihr verletztes Egoismus und ihr Machtgefühl spornen sie an, alles daran zu setzen, um dem Proletariat diesen Siegespreis wieder zu entreißen. Dazu ist ihnen kein Mittel zu schädlich und keine Waffe zu schlecht. Auf der einen Seite hat sich das Proletariat mit einer bewunderungswürdigen Einmütigkeit und Geschlossenheit schüßend hinter den Achtstundentag gestellt und ist gewillt, dies Palladium mit Hohn und Klauen zu verteidigen.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich bereits für eine Aufhebung der Verordnung ausgesprochen, durch die der achtstündige Arbeitstag eingeführt wurde, und es erscheint leider nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag, dieser Anregung folgend, denselben Standpunkt einnehmen und die Möglichkeit einer längeren Arbeitszeit gesetzlich festlegen wird. Die nächste Folge dieser verhängnisvollen Maßnahme wird sein, daß heftige Kämpfe um die praktische Durchführung des längeren Arbeitstages entbrennen werden. In allen Wirtschaftszweigen und in allen Orten wird erbittert gekämpft werden, das Proletariat wird geschlossenen Widerstand leisten, die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen werden dem kämpfenden Proletariat hilfreich zur Seite stehen, ganz Deutschland wird ein einziges großes Kampffeld werden. Welche schlimmen Folgen diese Wirtschaftskämpfe zeitigen müssen, läßt sich heute kaum ausdenken und ausmalen. Zunächst wird der Gesundungsprozeß, in dem sich unsere Wirtschaft gegenwärtig befindet, unterbrochen und verhindert werden, ja es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß unser Wirtschaftsleben durch die fortwährenden Erschütterungen völlig zusammenbrechen wird. Die Gegner rechnen offenbar mit dem gesunden Urteil und dem Gemeinsinn der deutschen Proletarier und wiegen sich in die Hoffnung ein, daß die denkenden Arbeiter die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung einsehen und sich dieser herben Notwendigkeit schließlich fügen würden.

Aber selbst wenn es dem Unternehmertum schließlich gelingen sollte, den äußeren Widerstand des Proletariats zu brechen, so wird doch dann aller Orten ein innerer Widerstand einsetzen. Der Neun- und Zehnstundentag wird durch die sogenannte passive Resistenz sabotiert werden und das wird ebenso verhängnisvoll wirken wie der äußere Widerstand. Es liegt nämlich in der menschlichen Natur begründet, daß jeder äußere Zwang einen inneren Widerwillen hervorruft, so daß sich der Mensch innerlich sträubt und zur Wehr setzt. Die Arbeiter werden eben mit ihrer Arbeitskraft zurückhalten, sie werden innerlich bremsen und darum weniger leisten. Wer den entscheidenden Unterschied zwischen mechanischer und organischer Arbeitsverrichtung nicht kennt oder wer ihn unberücksichtigt läßt, der tappt bei dem Problem der Arbeitszeitverlängerung im Dunkeln. Die Gegner des Achtstundentages messen die Arbeit nach der Elle, wenn sie meinen, daß die Arbeiter, wenn man sie zwingt, länger zu arbeiten, nun auch mehr leisten würden. Gerade das Gegenteil wird eintreten: die innere Anteilnahme an der Arbeit und die daraus entspringende Arbeitslust wird auf den Nullpunkt herabsinken, die Arbeiter werden unwillig und widerwillig ihr Werk verrichten, sie werden langsamer, gleichgültiger und nachlässiger arbeiten als vorher, und die Folge hiervon wird sein, daß die Arbeitsleistungen qualitativ und quantitativ geringer werden.

So wie die Frage des Achtstundentages heute steht, ist noch ein Punkt von Bedeutung. Die Gegner sprechen von einer vorläufigen, vorübergehenden Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages, sie sagen, daß sie unter der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage eine Notwendigkeit geworden sei, sie lassen aber durchblicken, daß nach längerer oder kürzerer Zeit eine Neuprüfung dieser Frage möglich sei. Es werde sich dann darüber reden lassen, ob eine Verkürzung des Arbeitstages angebracht erscheine. Diese Methode, die Frage des

Achtstundentages mit Sammetpfötchen anzufassen und dem Proletariat die weiche Seite zu zeigen, vermag vielleicht auf unerfahrene Proletarier eine Wirkung auszuüben. Wer aber die Entwicklung des Kapitalismus von Anfang an verfolgt hat und wer im Besonderen die Geschichte des Arbeitstages kennt, der läßt sich durch solche Sirenenklänge nicht täuschen. Es gibt ein altes Sprichwort, daß der Teufel, wenn man ihm erst den kleinen Finger reicht, alsbald die ganze Hand ergreift. Dies Wort trifft auch auf den modernen Kapitalismus zu. Sobald ihm die Arbeiterklasse nur die geringsten Konzessionen macht, drängt er sich in seiner Unerfättlichkeit immer weiter vor und will den ganzen Menschen in Besitz nehmen. Auch vom Kapital gilt das Wort, daß der Appetit beim Essen kommt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Beseitigung des Achtstundentages den Kapitalisten nur die Bahn öffnen würde zur Verlängerung der Arbeitszeit ins Ungemessene.

Ein alter römischer Grundsatz lautet: "Principiis obsta" — Den Anfängen sollst du Widerstand leisten. Diesen Satz muß auch das deutsche Proletariat zur Richtschnur nehmen. Es darf dem Teufel Kapitalismus nicht den kleinen Finger reichen, es muß vielmehr die Faust ballen und sie dem Gegner entgegenhalten. Die Gefahr, daß der Achtstundentag verschwindet, ist brennend geworden, und wenn es von jeher der Fall gewesen ist, daß in den Zeiten der Gefahr sich eine Notgemeinschaft bildet, die alle Genossen umschließt wie mit eisernem Keisen, so wird dies auch diesmal wieder geschehen. Die Proletarier und Proletarierinnen Deutschlands, soweit sie noch Mark in den Knochen haben, werden einträchtig zusammenstehen zum Schutze des gefährdeten Achtstundentages. Hoffentlich werden sie soviel Vernunft und Willenskraft besitzen, daß sie die inneren Zwistigkeiten begraben und mit den fortwährenden Fäulnissen und Schimpereien in den eigenen Reihen endlich einmal Schluss machen. Es steht viel zu Großes auf dem Spiele, als daß es heutzutage noch angebracht wäre, sich zur Freude der Gegner gegenseitig zu zerfleischen und dadurch zu schwächen. Dazu ist heute keine Zeit mehr, heute gilt es: "Alle Mann auf die Schanzen!", denn das stolz flatternde Banner mit der Aufschrift: "Achtstundentag!" wollen wir nicht herunterholen lassen von der Finne. Was wir uns unter so harten Mühen und unter so schweren Opfern erkämpft haben, das wollen wir uns nicht rauben lassen. In diesem Willen ist das deutsche Proletariat einig und diese Einmütigkeit ist ein Lichtblick in dem Dunkel der Gegenwart und ein Hoffnungsstrahl, der die Nebel der Zukunft durchdringt.

Ein sächsisches Suwel

In dem sächsischen Städtchen Rößwein fristet ein Unternehmerrjuvel, Rößweiner Maschinen abrikt benannt, sein Dasein. Diese Selbsthankheit hat sich erst dieser Tage bequemt, den Achtstundentag einzuführen. Wie es dazu kam, ist aus folgenden Schriftstücken zu ersehen:

Bekanntmachung.

Ab heute, den 2. März 1923, wird die bisherige tägliche Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden reduziert. Die Gründe hierfür sind aus nachstehendem Schreiben der Verwaltungsstelle Rößwein des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ersichtlich:

Rößwein, den 20. Februar 1923.
Firma Karl Bauch, Metallwarenfabrik, Rößwein.

Weiter teilen wir Ihnen mit, daß in Ihrem Betrieb die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden beträgt. Nach vorliegendem Gerichts-urteil bedeutet dies eine Ubertretung der Arbeitszeitverordnung vom November 1918 und wird mit Geldstrafe geahndet. Wir ersuchen Sie, entweder diese Ungelegenheit abzustellen oder es auf eine Anzeige unsererseits ankommen zu lassen.

Hochachtungsvoll

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Rößwein.
Meine Antwort auf dieses Schreiben, welches bisher ohne Rückäußerung blieb, lautet wie folgt:

Rößwein, den 21. Februar 1923.
Zill. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Rößwein.

Betr. unsere jetzige wöchentliche Arbeitszeit. Ich habe von dem Inhalt Ihres Schreibens betr. unsere jetzige Arbeitszeit Kenntnis genommen und teile Ihnen mit, daß wir es dringend wünschen, daß die Angelegenheit gerichtlich ausgetragen wird, zumal Sie den Verdienst unserer Arbeiterchaft schmälern wollen. Ich erwarte, daß Sie die Anzeige baldmöglichst erneuern, da dies im Interesse der Sache liegt.

Hochachtungsvoll

Rößweiner Metallwarenfabrik, Karl Bauch.
Kommentar übersichtlich. Die Arbeitszeit beginnt wie bisher 7-12 Uhr, mit einer vierstündigen Pause und nachmittags 1/2-1/5 Uhr.

Am Sonnabenden ruht der Betrieb. Beihilfinge arbeiten wie bisher.
Rößweiner Metallwarenfabrik, Karl Bauch.

Nachbemerkung der Schriftleitung. Wie diese Schriftstücke klar erkennen lassen, ist es dem "Zurede" unseres Verbandes zu verdanken, daß der Arbeiterschaft dieses Betriebes nun auch der Achtstundentag beschert wurde. Ganz glatt ist das freilich nicht gegangen. Die Firma sträubte sich gegen das Verlangen unserer Verwaltungsstelle mit dem Einwand, daß diese "den Verdienst unserer Arbeiterschaft schmälern" wolle. Das ist eine Unwissenheit, die Mangel gebietet. Wäre sie nicht in Rößwein, sondern anderswo verpaßt worden, sie würde mit einem Platz im Panoptikum oder

mit einer Stelle als dummer August im Zirkus belohnt werden. Die Sache hat aber noch eine ernste Seite, die darin besteht, daß sich die Kollegenschaft dieses Betriebes bis jetzt, also viereinhalb Jahre Zeit ließ, dem Unternehmer die Beobachtung des Achtstundentages geizigem Nar zu machen. Das verriet, sagen wir mal eine Gemütskurie, die aber keinen Mangel gebietet. Sieh zeitig um die Rechte klümmern, mehr Müßgrat, Kollegen!

Woher der Ausdruck Rumpel?

Diese vielfach aufgeworfene Frage beantwortet das Volkamer Volkblatt folgendermaßen: Im Hamburger Echo erschien kürzlich eine Schilderung aus dem Ruhrrevier, in der es hieß, daß der Ausdruck Rumpel von den zuerst zugezogenen Polen herrühre, die das Wort Kamerad nicht hätten aussprechen können und dafür Rumpel gesagt hätten. Das ist zweimal falsch. Erstens besteht die Bezeichnung seit alters her hier an der Ruhr und bedeutet soviel wie Arbeitskollege oder Kamerad, und zweitens ist gerade den zugewanderten Polen der Ausdruck Kamerad so geläufig, daß sie deshalb wegen der häufigen Anwendung als "Ist sich Kamerad meinetwegen" verurteilt werden. Wer kennt überdies nicht den Spottvers: "Ist sich Kohle hart wie Stein, nimmt sich Kamerad Krankenchein." Kamerad nennt der Bergmann die Belegschaftsmitglieder und Vergleute insgesamt, mit Rumpel bezeichnet er den, der mit ihm vor derselben Arbeit ist.

Der oben erwähnten falschen Auslegung entgegenzutreten und andererseits auch das alte sinnige Wort vor Mißbrauch zu schützen, damit es nicht unnötig abgegriffen und nicht bei jeder unpassenden Gelegenheit dem Sinne nach falsch angewendet wird, zum Beispiel die Bezeichnung Ruhrumpel, möchte ich hier einiges dazu sagen.

Den altäusserigen Vergleuten ist der Ausdruck von ihren Vorfahren überliefert worden. Wenn sie von ihrem Rumpel reden und wenn die Vergleute heute noch so reden, dann liegt darin eine gewisse Vertraulichkeit, eine Vertraulichkeit, zwischen denen es kein Falch und keine Hinterlistigkeit gibt.

Damit kommen wir schon der eigenen Bedeutung und dem Ursprung näher. Um den Ausdruck aber richtig zu verstehen, muß man noch etwas weiter zurückgreifen.

Die ersten Vergleute an der Ruhr gruben die Kohlen gemeinsam zu zwei oder mehreren Kameraden in sogenannten Kohlenlöchern oder Kohlenpütten. Wo man das Streichen der Flöze vermutete, wurden Löcher gegraben. Traf man ein Flöz an, dann wurde ausgeleert, die Kohle so weit fortgenommen, wie die Umstände es ermöglichten. Über Tage wurden die Kohlen von Kohlentreibern gekauft und ins Landgebiet, ins Bergische Land oder in die Städte der Umgebung verkauft. Der Erlös der Kohlen wurde nach Abzug der Unkosten an die einzelnen Teilnehmer der Arbeit, an die Gesellschafter, an die Kompagnons verteilt. Die arbeiteten in Kompagnie, plattdeutsch in "Kumpuni", der einzelne heißt also Rumpel, von "Kumpelson" abgeleitet. Die "Kumpelung" von Kumpar (Zischgenosse) scheint nicht schädlich zu sein, vielmehr hat es den im Volksmunde oft beobachteten Weg der vereinfachten Aussprache schwierig auszusprechender Fremdwörter genommen. Kompagnon wa. zu umständlich, daher kurz Rumpel.

Amerikanische Antwort

auf den Appell der englischen Arbeiterpartei

Bekanntlich hat die Arbeitervertretung des englischen Unterhauses einen Aufruf an die Vereinigten Staaten gerichtet, eine Weltkonferenz zwecks Abänderung des Versailles Vertrages einzuberufen, um Europa vor dem Untergang zu retten. Darauf antwortet Labor, das große Wochenblatt der fortschrittlichen Gewerkschaften Nordamerikas (am 24. Februar) folgendermaßen:

Was verlangen die englischen Abgeordneten von uns? Der Versailles Vertrag ist nur eine der Ursachen von Europas Abstand, und noch nicht einmal die hauptsächlichste. Was Europa und einen großen nichteuropäischen Teil der Welt in beständigem Aufruhr hält, ist die Tatsache, daß eine kleine Minderheit, die vom Kriege und von der Ausbeutung schwacher Völker profitiert, die Regierungen der führenden Nationen der Welt beherrscht. Wenn diese (vom Kriege profitierenden) Interessenten über die Verteilung der Beute zu einer Verständigung kommen könnten, würde die Gefahr eines bewaffneten Konflikts gering sein. Aber sie können es nicht. Und weil sie es nicht können oder nicht wollen, werden Friedenskonferenzen gescheitert sein, werden Hunderte von Millionen für militärische Vereischaft vergebend, bleibt die Welt von einem zermalmenden Konflikt bedroht, der, wie man annehmen kann, das Ende der Zivilisation bedeutet.

Betrachten wir die Lage im nahen Osten. Jeder, der etwas von internationalen Dingen versteht, weiß, daß der Kampf der britischen, französischen und amerikanischen Finanziers um die Herrschaft über die dortigen Öllager die Hauptursache war. Was für den nahen Osten, gilt praktisch für alle wichtigen Stellen des Weltkörpers. Die sogenannten Neutralitäten zwischen den Nationen sind letzten Endes nichts anderes als das schmutzige Beutepiel der internationalen Finanziers.

Es gibt nachgerade nur einen Weg aus dem unglückseligen Engpaß. Das Volk, das nicht vom Kriege profitiert — das ist die große Mehrheit eines jeden Landes —, muß seine Bankiers, Diplomaten und Militaristen in den Hintergrund schieben und die Behandlung der auswärtigen Politik Männern anvertrauen, die von der Sehnsucht der Menschheit nach Frieden erfüllt sind. Dann können wir internationale Konferenzen veranstalten, die den Menschenrechten mehr Aufmerksamkeit zuwenden und weniger von Geldinteressen bestimmt werden.

Zur Einschränkung der Gewerkschaftspresse. In dem so überschiedenen Verlaufs in unserer Nr. 13 wurde gesagt, daß die Dachdecker-Zeitung nur noch das Aussehen eines Sandzettels habe. Wie uns die Schriftleitung der D.-Ztg. mitteilt, ist diese Einschränkung nur einem mäßigen Umstand zuzuschreiben, das Blatt erscheine sonst noch vierseitig. Wir nehmen davon gerne Notiz als auch von der Erklärung, daß die Schriftleitung der D.-Ztg. unsere Bedenken gegen die Einschränkung voll und ganz teilt.

In der trostlosen Stille jenes Morgens begannen diese Männer, die die Erschöpfung gefoltert, der Regen gepöckelt und eine ganze Donnereracht erschüttert hatte, diese Überlebenden, die dem Feuer und dem Ertrinken entwichen waren, diese Menschen begannen zu verstehen, wie schrecklich der Krieg ist, moralisch und physisch, und daß er nicht nur den Bestand schöner, die großen Taten beschmutzt und alle Verbrechen befeuert — sondern sie erinnerten sich, wie sehr er in ihnen und in ihrer Umgebung die schlechten Triebe ohne Ausnahme entfesselt hatte: die Völlerei bis zum Satiismus, die Scham bis zur tierischen Wut, die Gier bis zum Wahnsinn.

Alles das stellen sie sich jetzt vor, wie sie sich vorher ihr Glend vorgegestellt haben. Vermurkungen bestien in ihnen, versuchten auszubringen und mächten in Worten aufgehen. Sie schrien; sie schrien. Es hat den Anschein, als möchten sie sich mit aller Anstrengung vom Irrtum und von der Unwissenheit befreien, die sie wie der Ring beschnürt, und als möchten sie endlich den Grund ihrer Strafe erkennen.

— Und was dann? rief der eine.
— Was dann? wiederholt der andere noch feierlicher.
Der Wind läßt die überhörmte Ebene erzittern, und indem er die liegenden Menschenhaufen aufwirbelt, entzieht er ihnen lebende Worte.

— Es wird keinen Krieg mehr geben, schimpft ein Soldat, wenns kein Deutschland mehr gibt.

— Nein, so ist es nicht richtig gesagt! schreit ein anderer. Das genügt noch nicht. Erst wenn der Geist des Krieges besiegt sein wird, wirds keinen Krieg mehr geben!

Da aber der tobende Wind seine Worte halb erst, halb, hebt er den Kopf und wiederholt, was er gesagt hatte.

— Deutschland und der Militarismus. Stottert schnell die Wut eines andern, das ist dasselbe. Sie haben den Krieg mit Vorbedacht gewollt. Sie sind der Militarismus.

— Der Militarismus... fährt ein Soldat fort.
— Was ist Militarismus? fragt eine Stimme.

— Es ist... ist die brutale Gewalt, die plötzlich und zu einer gewissen Zeit niederschlägt. Es heißt, ein Wandit sein.

— Jawohl und heute heißt der Militarismus Deutschland.
Ja, aber morgen, wie wird er morgen heißen?

— Ich weiß es nicht, sagt eine Stimme feierlich, wie ein Prophet.
— Solange der Geist des Krieges nicht getötet ist, wirds Feilerien geben, solange die Weltgeschichte geht.

— Man muß... Man muß...
— Man muß den Krieg auskämpfen! gurgelt die rauhe Stimme eines Körpers, der seit unfrem Aufwachen in dem alles verschlingenden Not zum Steinblock geworden ist. Man muß! — und der Körper dreht sich schwerfällig um. — Alles, was wir haben, müssen wir hergeben, unsere Kraft und unsere Gult, und unsere Herzen und unsere ganze Leben, auch die Freuden, die uns noch übrig blieben! Unser Staunen leben müssen wir mit beiden Händen annehmen! Alles muß ertragen werden, sogar die Ungerechtigkeit, die jetzt regiert, und der Skandal und alle Schmeiereien, die man sieht — alles das, um dem Krieg ein Ende zu setzen, um zu siegen! Aber, wenn ein derartiges Opfer gebracht werden muß, füt die unheimliche Gestalt verzweifelt hinzu, indem sie sich noch mehr umkehrt, so ist das nur, weil man für einen Fortschritt kämpft und nicht für ein Land; gegen einen Irrtum und nicht gegen ein Land.

— Wahr ist es schon, die Menschen sind verrückt. Das wird man nie oft genug wiederholen können!

— Die Chauvinisten, das ist das Ungeziefer... knurrt ein Skatlen.

Dann wiederholten sie mehrere Male, als ob sie sich daran vorwärts tasteten:

— Man muß den Krieg töten. Den Krieg, ihn!
— Die Völker mühten sich verständigen durch die Haut derer und auf dem Bauch jener, die sie auf die eine oder die andere Art ausbeuten. Alle Massen sollten sich verständigen.

— Alle Menschen sollten endlich gleich sein.
Dieses Wort löste uns wie eine Rettung entgegen.

— Gleich... ja... ja... Es gibt große Gedanken der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Es gibt Dinge, an die man glaubt, denen man ent-

gegerichtet und an die man sich festklammert wie an eine Lichtquelle. Vor allem die Gleichheit.

— Es gibt auch Freiheit und Brüderlichkeit.
— Vor allen gibt es Gleichheit!

Ich sage ihnen dann, daß die Brüderlichkeit ein Traum sei, ein verflüchtigtes Gefühl, ohne Bestand; es ist zwar nicht menschlich, einen Unbekannten zu lieben, aber es ist auch nicht menschlich, einen Unbekannten zu hassen. Auf die Brüderlichkeit kann man nichts aufbauen. Ebensovornig auf die Freiheit: sie ist etwas zu Metallides in einer Gesellschaft, in der die Gegenwart eines jeden die Existenz des andern beeinträchtigt.

Aber die Gleichheit bleibt sich ewig gleich. Die Freiheit und die Brüderlichkeit sind Worte. Die Gleichheit ist die soziale Gleichheit natürlich, denn die Individuen haben mehr oder weniger Wert; aber jeder soll im gleichen Maß an der Gesellschaft Anteil haben; dies ist gerecht, denn das Leben des einen ist ebenso groß wie das Leben des andern. Die Gleichheit ist die große Formel der Menschheit. Ihre Bedeutung ist ungeheuer. Die Gleichheit der Rechte einer jeden Kreatur und die Gleichheit des heiligen Willens der Mehrheit sind unerschütterbar und müssen unbesiegt sein — sie wird alle Fortschritte bringen, alle, mit einer wahrhaft göttlichen Kraft. Vor allem wird dieses Prinzip die große, ausgeglichene Basis für jeden Fortschritt schaffen: die Regelung der Streitigkeiten durch die Gerechtigkeit, was dem allgemeinen Interesse genau gleichkommt.

Diese Männer aus dem Volk, die hier beikommen liegen, ahnen eine noch unbestimmte Revolution, die noch größer sein wird als die andere und deren Quelle sie sind und die ihnen bereits in die Kehle steigt; sie rufen aus: Gleichheit!...

Es ist, als ob sie das Wort buchstabierten und dann überall kein geschriebe sehen — und als gäbe es auf der Welt kein Wortteil, kein Vorrecht und keine Ungerechtigkeit, die davor nicht zuschanden würde. Das Wort birgt die Lösung aller Fragen und ist ein göttliches Wort. Sie betrachten es von allen Seiten und entdecken in ihm eine Welt Vollkommenheit. Und sie sehen alle Ungerechtigkeiten in einem blendenden Lichte brennend untergehen. (Warou! se: Das Feuer.)

Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland

Genosse Th. Dan, einer der hervorragendsten Führer der russischen Sozialdemokratie, hat soeben zwei Broschüren über Sowjetrußland („Der Arbeiter in Sowjetrußland“ und „Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland“, Verlag J. G. W. Dieck Nachfolger, G. m. b. H., Berlin und Stuttgart) erscheinen lassen, die eine wahrhaft erschütternde Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik enthalten. Dan zählt detailliert zu den besten Kennern Rußlands und der jüngsten russischen Revolution, die er zum guten Teil aus eigener Anschauung als einer ihrer Führer und später als Opfer bolschewistischer Verfolgungen miterlebt hat. Aber die Summe der Erfahrungen, die er in diesen beiden Schriften zieht, schöpft er mit gutem Bedacht doch nur aus kommunistischen Quellen.

Es seien die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz des Proletariats,

Die Arbeitslöhne der russischen Arbeiter,

einer Betrachtung unterzogen. Der durchschnittliche Lohn eines russischen Arbeiters belief sich in der Vorkriegszeit auf 22 Rubel 83 Kopeken in Gold. Das offizielle Organ der roten Gewerkschaft, der „Trud“ (Nr. 89 von 1922), berechnet die Durchschnittslöhne der letzten Zeit einschließlich des Wertes aller in natura gelieferter Verbrauchsgüter wie folgt:

| Monat | Durchschnittlicher Monatslohn in Rubeln | Verhältnis zu den Vorkriegslöhnen in Prozenten |
|---------------|-----------------------------------------|------------------------------------------------|
| November 1921 | 10,88 | 47,6 |
| Dezember 1921 | 8,80 | 38,5 |
| Januar 1922 | 7,79 | 34,1 |
| Februar 1922 | 6,71 | 29,1 |
| März 1922 | 4,25 | 18,6 |

So war der Durchschnittslohn des russischen Arbeiters, der von allen Arbeitern Europas die niedrigsten Löhne hatte, auf den fünften Teil des Friedenslohnes gesunken. Aber selbst auch diese Hungerlöhne wurden den Arbeitern nur zum Teil ausbezahlt; erhebliche Lohnsummen blieben ihnen der bolschewistische Staat einfach „schuldig“. Der offizielle „Trud“ (Nr. 89 von 1922) berechnet die Lohnschulden des Staates an die Arbeiter für das erste Vierteljahr 1922 in folgender Tabelle:

| Monat | Durchschnittlicher Monatslohn in Rubeln | Summe in Prozenten |
|---------|-----------------------------------------|--------------------|
| Januar | 7,79 | 21,1 |
| Februar | 6,71 | 24,7 |
| März | 4,25 | 29,5 |

Der kommunistische Staat behielt also annähernd ein Viertel der Löhne der Arbeiter einfach zurück. Der „Trud“ (Nr. 136) stellt fest, daß der Staat bis zum 1. Juni insgesamt 82 Trillionen Rubel seinen Arbeitern und Angestellten schuldig geblieben war. Der Rat der Volkskommissare bewilligte aber nur 13,5 Trillionen zur Deckung der Schulden; etwa 65 Trillionen, die nach dem Kurse vom September 1922 einen Wert von 10 Milliarden deutsche Reichsmark darstellten, gingen den Arbeitern und Angestellten unüberbringlich verloren. Dabei ist aber festzuhalten, daß die bewilligten Lohnsätze, die wie hier dargestellt, nur zum Teil, und zwar nur zu drei Vierteln tatsächlich ausbezahlt wurden, tief unter dem Existenzminimum standen.

Im Februar 1922 war der Lohn auf ein Drittel des Existenzminimums gesunken. Und selbst dieser Hungerlohn kam nicht voll zur Auszahlung.

Auf dem fünften allrussischen Gewerkschaftskongress im September 1922 wurde vom Berichterstatter des Allrussischen Zentralrats Andrejew eine „Bejagung“ der Lage der Arbeiter festgestellt. Er stellte fest, daß der durchschnittliche Arbeitslohn in Goldrubel im April 1922 4,04 betrug und bis September 1922 auf 7,63 fiel. Trotz der „Bejagung“ erhält der russische Arbeiter bestenfalls ein Drittel des Friedenslohnes.

Die Arbeitszeit

Auch in Sowjetrußland besteht ein Defizit über den Arbeitsnachtag. Aber die Defizite des Rates der Volkskommissare vom 29. November 1920 und vom 6. April 1921 über die Regelung der Überstunden haben das Nachtragsarbeitsgesetz praktisch auf Null gesetzt. Das erste Defizit über die „obligatorische“ und „freiwillige“ Überstunden; die „obligatorischen“ Überstunden werden noch gesetzlich beschränkt, bei „freiwilligen“ Überstunden wird den „Gebern der Arbeit“ volle Handlungsfreiheit gewährt. Das zweite Defizit genehmigt aber sogar „kündliche Überstunden“, ohne Beschränkung der Zahl, wenn „keine genügende Anzahl von Arbeitern und Angestellten vorhanden ist“.

Die entsetzlich niedrigen Löhne sind der natürlichste und stärkste Antrieb zur Überstundenarbeit. Das Zentralkomitee des Russischen Transportarbeiterverbandes berichtet („Trud“, 26. Oktober 1921), daß gleichzeitig mit einem 10prozentigen Abbau des Eisenbahnpersonals auf einigen Strecken das Zwölfstundensystem, das heißt der zwölfstündige Arbeitstag ohne freie Lage, eingeführt worden ist. Der „Trud“ vom 20. November 1921 und die „Prawda“ vom 27. November 1921 meldeten, daß die „Arbeiter“ im Gouvernement Nischni-Novgorod den neun- und zehnstündigen und die „Arbeiter“ vom fälschlichen Urals den zwölfstündigen Arbeitstag eingeführt haben („Prawda“, 3. November 1921). Auf der zweiten allrussischen Konferenz für Arbeiterbeschäftigung der Delegierte des Donzbeckens, daß die Grubenarbeiter angefangen hätten, „jeden Tag und jeden Sonntag Stunden täglich zu arbeiten, um sich ihre Stiefel zu verdienen“ (Bulletin der Konferenz Nr. 1).

So sieht es in den Staatsbetrieben aus. Nicht viel besser sind die Verhältnisse in der Privatindustrie. Der „Kommunistische Trud“ vom 24. November 1921 berichtet über das Ergebnis einer Inspektion von 377 Betrieben in Moskau; es wurde danach gearbeitet: in 192 Betrieben je neun Stunden, in 44 Betrieben je zehn bis zwölf Stunden, in 11 Betrieben vierzehn bis vierzehn Stunden und in 44 Betrieben so lange, als es der Unternehmer befehl. In der Generalversammlung der Angestellten der privaten Handelsgesellschaften in Moskau wurde festgestellt, daß fast allerorts zwölf bis vierzehn Stunden und sogar noch mehr im Tage gearbeitet wurde, und zwar nicht nur von den Einzelhändlern, sondern auch von den Jugendhändlern und selbst von den Kindern („Prawda“, 30. November 1921).

Das sind, wohlgemerkt, offizielle Berichte aus den Betrieben aus Sicht der kommunistischen Regierung. Der „Trud“ vom 16. September 1921 berichtet über die Arbeitsverhältnisse in Weizenland: „Es wird auch 15 Stunden im Tag gearbeitet; es arbeiten Jugendliche unter 14 Jahren, und zwar arbeiten sie ebensolange wie die Erwachsenen.“ Und über die Arbeitsverhältnisse in Simbirsk berichtet er (am 25. Oktober 1921): „In privaten Betrieben sind die Arbeiter 14 bis 16 Stunden täglich beschäftigt“ und protestieren sogar gegen die Einführung zweier Schichten, da dies ihren Arbeitslohn nachteilig beeinflussen würde.“ Diese Bemerkung spricht Hände über die jämmerlich niedrigen Arbeitslöhne der russischen Arbeiter.

Sanger und Weberitz bestimmen hauptsächlich das russische Proletariat. Die Arbeiter haben wie die Hirsche oder Antilopen sich in ungesunden Massen in den Steppen. Auf dem allrussischen Gewerkschaftskongress im Mai 1922 wurden folgende offizielle Zahlen genannt, die diesen ganzen Jammer illustrieren: „In Kuzbass haben in der Fabrik Kuznetsov in Sibirsk ein Monatslohn von 70 Personen.“ In der Fabrik Kuznetsov sind von 22 Arbeiterbrigaden 8 übrig geblieben. In Saporozje sind 1/3 der Arbeiter gestorben, während ein anderer Teil nach dem Durchbruch geschickt wurde, wo wahrscheinlich die Hälfte gestorben ging und die übrigen andernorts starben.“

Das von den russischen Behörden herausgegebene Statistikjahr für 1918 bis 1920 berechnet die Zahl der Arbeiter in der Sowjetunion von ganz Rußland für 1920 insgesamt nur auf 634.806 (ungefähr soviel, wie der Kaiserreich Sachsen beschäftigte). Die Zahl der Arbeiter ist (nach den Berechnungen Strumelins in der „Wirtschaftsstatistik“ vom 9. Oktober 1920) im Jahre 1919 gegenüber 1917 um zwei Fünftel, im Jahre 1920 gegenüber 1919 (einfache oder zweifache Angaben) um weitere 31 v. H., in Moskau sogar um 40,3 v. H. zurückgegangen. Und so wird die jämmerliche Entvölkerung der Städte nachweislich. Petersburg hatte im Jahre 1917 noch 1.456.819 Einwohner, im Jahre 1920 nur noch 705.908; in drei Jahren hatte es 51,5 v. H. der Bevölkerung verloren. Moskau! Im Jahre 1917 hatte es 1.554.226 Einwohner, im Jahre 1920 nur noch 1.038.218;

es hatte 44 v. H. der Bevölkerung verloren. Ein Teil der Verhungerten ging aufs Land. Der Vergleich der Volkszählungen von 1916/17 und 1920 ergibt eine Zunahme der Landbevölkerung um 3 1/2 v. H. Aber ungeheure Massen mußten noch in den Städten gestorben sein; die Bevölkerung von 40 Gouvernementsstädten war in diesen drei Jahren um 32,8 v. H., die Bevölkerung der übrigen Städte um 29,8 v. H. zurückgegangen. Es ist das Marck des Proletariats, das der Bolschewismus zerstört hat.

Deso anstrengender wirkt der Lurus, der sich auf diesem Fundament des Massenlebens und der Massenverwesung aufbaut. Die „Iswestija“, das offizielle Organ der Sowjetregierung, klagt in ihrer Nummer vom 11. November 1921:

Selbst in dem reichsten kapitalistischen Lande gibt es jetzt keine so zügellose Pratererei, keine solche Verschwendung und keinen solchen Lurus wie unter unseren obersten Sowjetbeamten und der neugeborenen Bourgeoisie. In Paris, London, New York herrscht ein Lurus des Überflusses, bei uns ein Lurus inmitten unerhörter Verarmung und eines nie gesehenen Hungers.

Und wahrhaft, diese Klage greift ans Herz. Sie ist aber auch die Totenklage des Bolschewismus.

Erhöhte Unterstützung für Wochenhilfe

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Februar 1923 ist vom 17. Februar an eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Wöchnerinnen eingetreten. Die weiblichen Mitglieder einer Krankenkasse, die im letzten Jahre mindestens 6 Monate bei einer Krankenkasse versichert waren, erhalten als Wochenhilfe:

1. freie ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung notwendig wird. Anstelle der freien ärztlichen Behandlung kann von der Krankenkasse, falls ärztliche Hilfe bei der Entbindung notwendig war, eine bare Beihilfe bis zum Betrage von 10.000 M. gewährt werden.
2. als einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung den Betrag von 10.000 M. (Entbindungshilfe). Falls eine Entbindung nicht stattfindet, ist zu den Kosten der Schwangerschaftsbeschwerden ein Beitrag von 3000 M. zu zahlen. Wenn aber die Krankenkasse freie Hebammenhilfe und Arznei gewährt, hat sie anbarer Beihilfe nach dem Betrag von 4000 M. an die Wöchnerin zu zahlen. Wo nach dem Landesgesetz die Gemeinde oder Kreisbehörde der Hebamme die Gebühren auszahlt oder der Hebamme ein bestimmtes Mindesteinkommen verbürgt, hat die Krankenkasse den Betrag von 6000 M. an diese Körperstätte und nicht an die Wöchnerin zu zahlen. Die Wöchnerin erhält also in diesem Falle auch nur 4000 M. Der Betrag von 6000 M. wird aber der Wöchnerin auf die Gebühr, die sie für die Hebammenhilfe zu zahlen hat, angerechnet.
3. erhält die Wöchnerin für die Dauer von 10 Wochen ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, mindestens aber 120 M. täglich. Von den 10 Wochen fallen 4 Wochen vor und 6 Wochen nach dem Tag der Niederkunft. Es ist also das Krankengeld für 4 Wochen spätestens am Tage der Entbindung fällig.
4. Die Wöchnerinnen, die ihre Neugeborenen stillen, erhalten für die Dauer von 12 Wochen nach der Niederkunft ein Stillsitzen in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens den Tag 300 M.

Eine Wöchnerin, welche also selber Mitglied einer Krankenkasse ist und im letzten Jahre vor ihrer Entbindung mindestens 6 Monate versichert war, erhält, wenn keine Entlohnungen gewährt werden, für eine natürliche Entbindung insgesamt den Betrag von 43.600 M., falls aber ärztliche Hilfe notwendig war, den Betrag von 53.600 M. in bar ausbezahlt.

Als Wochenhilfe für nicht selbst versicherte Wöchnerinnen, die aber als Ehefrau, Lechter, Stief- oder Pflegekinder mit einem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, werden die selben Leistungen wie für selbstversicherte Wöchnerinnen gewährt, mit folgenden Ausnahmen:

Als Krankengeld werden statt 120 M. 100 M. und als Stillsitzen 240 M. statt 300 M. täglich gezahlt. Eine Wöchnerin also, die als Familienhilfe die Wochenhilfe bezieht, muß für eine natürliche Entbindung, wenn keine Entlohnungen gewährt werden, insgesamt den Betrag von 37.160 M. und für eine Entbindung, wo ärztliche Hilfe notwendig wird, den Betrag von 47.160 M. erhalten.

Der Antrag auf Wochenhilfe ist für Selbstversicherte und für Wöchnerinnen, welche auf Grund der Familienhilfe die Leistungen erhalten, bei der zuständigen Krankenkasse einzureichen.

Die Wochenfürsorge wird den m a d e r s e m i t t e l t e n Wöchnerinnen, die selber nicht Mitglied einer Krankenkasse sind oder wo der Ehemann oder Vater nicht versichert ist, gewährt. Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen eine, sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15.000 M. oder im Jahr vor der Entbindung den Betrag von 120.000 M. nicht übersteigen hat. Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind um 1500 M., wenn das Einkommen von 1921 zugrunde gelegt wird, oder um 3600 M. für jedes Kind, wenn das Einkommen des letzten Jahres vor der Entbindung zugrunde gelegt wird. Die Wochenfürsorge wird in allen Zeiten in der gleichen Höhe gewährt, wie sie den Wöchnerinnen auf Grund der Familienhilfe als Wochenhilfe gewährt wird.

Der Antrag auf Wochenfürsorge muß beim zuständigen Versicherungsamt gestellt werden. Das Versicherungsamt beauftragt eine Krankenkasse mit der Auszahlung der Beiträge, welche sie wiederum vom Reich erstet bekommt.

Runde aus Argentinien

Von unserm argentinischen Bundesverband (Sindicato Obrero de la Industria Metalurgica) erhielten wir unterm 19. Februar ein Schreiben, von dem wir die wichtigsten Stellen übersehen. Nach einigen einleitenden Sätzen fährt der Brief fort:

Sie müssen in Betracht ziehen, werre Kameraden, daß Argentinien die erste Periode des Imperialismus durchmacht und noch nicht bei dem Punkt der Kapitalkonzentration, der Trübs, Kartelle u. s. w. angekommen ist, was heißt, daß natürlich noch eine Anzahl von kleinen Betrieben vorhanden ist, wo 5 bis 500 Arbeiter beschäftigt sind. Sie werden leicht begreifen, daß der Stand der Arbeiterorganisation sich eben dieser Art der kapitalistischen Produktion angepaßt hat. Das die Arbeitsbedingungen, Stundenzahl, Löhne, gesundheitlichen Einrichtungen unzulänglich, so sind sie verhältnismäßig geringfügig. In der Woche haben wir 44 Arbeitstagen, die Stundenlöhne schwanken für gelehrte Arbeiter zwischen 1 und 1,20 Peso, für ungelernete Arbeiter zwischen 0,70 bis 1 Peso (1 Peso = 1,75 bis 1,80 Goldmark oder jezt 200 Papiermark). Die gesundheitlichen Einrichtungen sind etwas mangelhaft infolge des oben erwähnten Umstandes.

Es macht sich ein großer Jährom von Arbeitskräften aus dem Ausland, besonders aus Italien, fühlbar, infolge der jährlückigen Rekrutierung, aber auch von anderen Ländern. Im allgemeinen ist die große Kräfte der Nachkriegszeit, die sich, wie Sie wissen, in Europa vergrößert hat, auf Argentinien zurückgefallen.

Wir hoffen, werre Kamerad, daß dieser Meinungsaustrausch zur Aufrechterhaltung enger und brüderlicher Beziehungen zwischen unsrer und Ihrer Organisation dienen möge. Nichts Sie meine herzlichsten Grüße an die deutschen Kameraden aus, denen ich eine baldige Beirung wünsche. Es grüßt beizens...

Zur Regelung der Vergütung der Handwerkslehrlinge

Früher hatte der Lehrmeister den Lehrling in der Regel selbst im Hause und für Kost und Logis aufgenommen. Er trug also den wesentlichen Teil des Unterhaltes für ihn. Heute ist es weit anders. Die Eltern haben das Kind bei sich und für alles zu sorgen, sogar oft Eisenbahn und Straßenbahn bis zur Arbeitsstätte aus ihrer Tasche zu bezahlen. Billigerweise wäre der Lehrherr nun verpflichtet, für die Lehrlinge, die bei den Eltern wohnen, entsprechende Kostgebühren zu bezahlen. Das geschieht aber nicht. Im Gegenteil, es werden sogenannte „Kostgebühren“ bezahlt, die nicht einmal als Lohnersatz anzupreisen sind. Eltern können sich solche Vorkommnisse heute bereits eine andere Stellung an. In Sachsen ist wenigstens in der Regelung der Vergütung für die Lehrlinge im Handwerk, eine kleine Besserung eingetreten, indem

die Gewerbelammern Mindestsätze für Kostgeldzuschüsse verbindlich festlegen können.

Zu den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingsmessens in Handwerksbetrieben lautet der im Dezember 1922 vom sächsischen Wirtschaftsministerium genehmigte Nachtrag:

„Die Gewerbelammer ist befugt, nach Gehör oder auf Antrag einzelner Fachverbände Mindestsätze für Kostgeldzuschüsse verbindlich für solche Lehrherren festzusetzen, welche ihren Lehrlingen Kost und Wohnung nicht gewähren.“

Höhere Vergütungssätze, die im Einzelfall oder mit der Vertretung der Arbeitnehmer vereinbart oder im Rechtswege festgesetzt worden sind, bleiben von dieser Regelung unberührt.“

Damit sind die Handwerksbetriebe eines bestimmten Gewerbes verpflichtet, festgesetzte Mindestsätze zu bezahlen. Diese Maßnahme ist nicht zuletzt auf das fortgesetzte Drängen der Arbeiterorganisationen zurückzuführen. L. Friedel, Chemnitz.

Eingegangene Schriften

Internationales Arbeitsjahrbuch, 1923. 1120 Seiten. Genf, Verlag des Internationalen Arbeitsamts (in Kommission bei Hans Reich, Berlin). — Der 3. Jahrgang dieses Nachschlagewerkes enthält Angaben über 72 Staaten und Kolonien, die sich auf rund 2400 Gewerkschaften, 1950 Unternehmerorganisationen, 1100 Organisationen der Kopfarbeiter, 45 Vereinigungen von Kriegsbeschädigten, 475 Genossenschaften und 50 verschiedene Organisationen beziehen. Auch die internationalen Berufssekretariate und die Landeszentralen der Berufsorganisationen sind berücksichtigt. Außer dem Titel jeder Organisation sind die Namen der leitenden Beamten, die Verbandsorgane, die Mitgliederzahlen sowie die Zugehörigkeit zu nationalen und internationalen Verbindungen verzeichnet. Bei den Genossenschaften ist in der Regel auch über den Umsatz Auskunft gegeben. Das Buch ist ein brauchbares Nachschlagewerk für alle Gewerkschaften und andere auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und Sozialpolitik tätige Vereinigungen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 15. April ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. April 1923 fällig.

Bewerbung zum Bildungsfurcus für weibliche Mitglieder!

Anfang Juni ds. Js. soll ein Bildungsfurcus stattfinden für die weiblichen Mitglieder unseres Verbandes. Der Zweck soll sein, Kolleginnen als Funktionäre und tätige Mitglieder unserer Organisation zu schulen, ihr Können und Wissen zu bereichern.

Den weiblichen Mitgliedern unseres Verbandes wird anheim gegeben, eine

Bewerbung zur Teilnahme am Furcus

einzureichen. Die Bewerbung muß enthalten einen selbstgeschriebenen kurzen Lebenslauf, Angaben über Schulbildung und inwiefern die Bewerberin bisher Bildungsmöglichkeiten benutzte (Besuch von Kursen, Studium volkswirtschaftlicher Literatur u. a.); ferner Angaben über die jetzige Tätigkeit der Bewerberin in der Arbeiterbewegung. Die Abgabe der Bewerbung muß bis spätestens 29. April erfolgen. Die Ortsverwaltung prüft die Bewerbungen und scheidet sämtliche mit einem Gutachten an die Bezirksleitung ein. Die engere Bezirkskommission trifft an der Hand sämtlicher Bewerbungen die Auswahl der zum Furcus auf Kosten der Hauptkasse zugelassenen Hörerinnen, deren Zahl 60 betragen soll. Etwa 30 weitere Hörerinnen können auf Kosten der Lokalkassen zugelassen werden.

Die Dauer des Furcus beträgt etwa 2 Wochen. Die Hörerinnen des Furcus werden an einem Ort (voraussichtlich Weismannsdorf im Taunus, von Gießen-Weimar, desgleichen von Frankfurt a. M. zu erreichen) zusammengefaßt und während dieser Zeit von jeder anderen Arbeit freigestellt. Den Kursteilnehmerinnen wird folgende Unterstüzung gewährt:

1. Den Hörerinnen für die Dauer des Furcus eine Aufenthaltsunterstützung für Logis und Verpflegung. Die Höhe der Aufenthaltsunterstützung richtet sich nach den jeweiligen Verhältnisse.
2. Der Familie der Hörerin für die gleiche Zeitdauer eine freiwillige Unterstüzung. Letztere beträgt für diejenigen Kolleginnen, die allein eine Familie zu ernähren haben, 60 v. H. vom Durchschnitt plus 10 v. H. des für sie am Ort geltenden Tariflohnes, für alle übrigen Kolleginnen (sowohl ledige wie verheiratete, wenn letztere nicht Alleinernährer einer Familie sind) 50 v. H. ihres Durchschnittslohnes plus 10 v. H.
3. Einmaliges Fahrlohn 3. Klasse vom Wohnort zum Ort des Furcus und zurück.

Die Erhebung eines einmaligen Extrabeitrags wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| | |
|-----------------------------------|--------|
| Einshorn | 500 M. |
| Friedland in den ersten 6 Klassen | 600 M. |
| andere | 800 M. |

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. — Für die Lehrlings- und Innozenzklasse dürfen diese Extrabeiträge nicht erhoben werden.

Anforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Wittenberg: Der Metallarbeiter Ernst Lobe, geb. am 22. Juli 1887 zu Friedland, Mitgliedsbuch Nr. 5.120.589, wegen Diebstahl.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Die Arbeiterin Berta Albrecht, geb. am 19. August 1896 zu Alt-Landsberg, Mitgliedsbuch Nr. 8.390.514, gemäß § 22 Abs. 1c. Die Arbeiterin Emma Brag, geb. am 30. August 1881 zu Schmönsal, Mitgliedsbuch Nr. 4.092.825, wegen Streikbruch. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten:

von Formern und Sieberearbeitern nach Ungarn D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Gomerich (Giengeierei und Maschinenfabrik Reintjes) D.; nach Kronach (Andres & Söhne) D.; nach Lauterberg a. Harz (Franz Ruhmann) M.; nach Kordlingen (Maschinenfabrik Franz Duxler, mechanische Werkstätten Müller, Schmidt) St.; nach Rumänien M.; von Senfearbeitern nach Lärmitz bei Aulzig, Hochschloßwatzel (Hammerwerke).

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; a. St. = Streik in Sicht; St = Streik; M = Nachregelung; M. = Miskunde; A = Aussetzung.

Anzeigen

Berlinmeister von Präzisions-Schraubensabrik (Schrauben u. Passen) stellt gegen hohes Gehalt u. Gewinnaanteil in Fragestellung geschäft. Nur die Kraft mit erstklassigen Zeugnis kommt in Frage. Schriftl. Angebote erb. Ludwig Müller, München 42, Stadtlocherstr. 4. Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 E. Verstandst.: Stuttgart, Rötterstraße 16.